

22.10.2018

1. Nationaler Stahlgipfel in Saarbrücken

Globale Entwicklungen beeinflussen zunehmend regionale Perspektiven der Stahlindustrie in Deutschland

Am heutigen Montag, den 22. Oktober 2018, kommen Minister und Staatssekretäre aus sechs Bundesländern sowie Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Gewerkschaften in Saarbrücken zusammen, um im Rahmen des ersten Nationalen Stahlgipfels gemeinsam über die politischen Themen der Stahlindustrie in Deutschland zu beraten. Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßt die Initiative der Stahl-Bundesländer: „Die Stahlindustrie in Deutschland ist aktuell mit großen Herausforderungen, besonders in der Energie- und Klimapolitik und im internationalen Handel konfrontiert, daher begrüßen wir die Allianz der Bundesländer und das Ziel, sich verstärkt für die Belange der Branche in Berlin und Brüssel einzusetzen. Denn: Am Beispiel der Stahlindustrie wird sichtbar, dass globale Entwicklungen zunehmend auch regionale Perspektiven beeinflussen.“

Eine erhebliche Belastung für die Stahlindustrie seien weiterhin die strukturellen Probleme auf dem globalen Stahlmarkt. Die weltweit vorherrschenden Überkapazitäten würden in erster Linie durch unfaire Subventionen verursacht. „Solange diese nicht effektiv bekämpft werden können, wird auch das Problem der Überkapazitäten nicht gelöst“, so der Verbandspräsident. Eine Erneuerung des Regelwerks der WTO, gerade im Bereich wettbewerbsverzerrender Subventionen, sei unverzichtbar.

Die negativen Auswirkungen der Abschottung des US-amerikanischen Stahlmarktes werden derzeit immer stärker sichtbar. So sind die von der Wirtschaftsvereinigung Stahl befürchteten Handelsumlenkungen längst Realität geworden: Im Zeitraum von Januar bis Juli 2018 sind die Stahlimporte in die USA um 10 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum haben die EU-Stahlimporte um 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. „Die Stahlindustrie in Deutschland und Europa bleibt von den massiven Umleitungen der Handelsströme besonders betroffen. Nur durch endgültige Safeguard-Maßnahmen kann die EU-Kommission die Branche vor schwerem Schaden bewahren. Ein starkes, politisches Signal vom Stahlgipfel mit diesem Ziel wäre ein wichtiger Schritt“, erklärt Kerkhoff.

Vor großen Herausforderungen steht die Stahlindustrie in Deutschland auch im Hinblick auf die Weichenstellungen der Energie- und Klimapolitik. „Mit den neuen Regelungen zum EU-Emissionsrechtenhandel drohen den Stahlunternehmen Kosten von insgesamt 3,5 Mrd. Euro über den Zeitraum 2021 bis 2030“, so Kerkhoff weiter. Hier müsse nachgebessert werden. Die gegenwärtige Klimaschutzpolitik entziehe den Stahlunternehmen die Mittel, um in Innovationen für die Zukunft zu investieren.

Wenn Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften im Rahmen des 1. Nationalen Stahlgipfels zusammenkommen, wird es auch um die Leistungen der Branche für den Klimaschutz gehen. Durch die Anwendung innovativer Stähle wird bereits heute ein Vielfaches der CO₂-Emissionen eingespart, die bei der Produktion entstehen. Um einen weiteren Beitrag zu den ambitionierten Klimaschutzzielen von Deutschland und der EU leisten zu können, sind alternative CO₂-arme Produktionsverfahren erforderlich. Zur Forschung, aber auch der ersten Umsetzung finden dazu in der Stahlindustrie zahlreiche Projekte statt. „Die Herausforderung, Stahl möglichst CO₂-arm zu produzieren, kommt der Neuerfindung der Stahlproduktion gleich“, erklärt dazu Hans Jürgen

Kerkhoff. „Angesichts des massiven Investitionsaufwandes und erheblich höheren Betriebskosten liegt dabei die wesentliche Herausforderung in der ökonomischen Perspektive.“ Für die Forschung und Entwicklung, sowie die Umsetzung in den industriellen Maßstab ist eine öffentliche Förderung unerlässlich – auch darüber wird auf dem Nationalen Stahlgipfel gesprochen. Politik muss frühzeitig für die erforderlichen Infrastrukturen sorgen und dabei möglicherweise bestehende Akzeptanzhürden überwinden.

Mit Sorge betrachtet die Stahlindustrie die Entwicklung der Energiewende in Deutschland und die Diskussionen im Rahmen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Die Interessen der energieintensiven Industrien finden bisher keine ausreichende Berücksichtigung. Ein Ausstieg aus der Kohleverstromung dürfe der Industrie nicht schaden und sollte nicht übereilt erfolgen. Durch den damit verbundenen Anstieg der Strompreise seien Zusatzkosten für die Stahlindustrie von 140 bis 220 Millionen Euro im Jahr zu erwarten. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Branchen wie dem Stahl nicht zu gefährden, müssen solche Strompreissteigerungen daher auf geeignete Weise ausgeglichen werden.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist der Zusammenschluss der Unternehmen der Stahlindustrie. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter. Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de

Rückfragen

Marvin Bender
Pressesprecher

Maik Luckow
Pressesprecher

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-116

Fax +49 (0) 211 67 07-676

Mail marvin.bender@wvstahl.de | maik.luckow@wvstahl.de